

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.

Zeitung-Geld
Abonement für Dresden bei täglich zweimaliger Zustellung von Sonntag und Feiertagen nur 2,50 Mk., durchauswärtige Abonnenten bis 3,50 Mk. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Postgebühr). Die den Lesern von Dresden u. Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezüge mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck nur mit dringender Genehmigung (Dresd. Nachr.) zulässig. — Unentgeltliche Druckproben werden nicht ausbeworfen.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Anzeigen bis 11 Uhr, Samstag bis 10 Uhr, Sonntag bis 11 Uhr. Die einseitige Anzeigensbreite ist 2 Zeilen. — Anzeigen-Kosten für Dresden 25 Pf.; die übrigen Plätze auf 25 Pf., die zweifache Zeile auf 50 Pf., die dreifache Zeile auf 75 Pf., die vierfache Zeile auf 1,00 Mk. — In Nummern nach Sonn- und Feiertagen die einseitige Zeile auf 25 Pf., die zweifache Zeile auf 50 Pf., die dreifache Zeile auf 75 Pf., die vierfache Zeile auf 1,00 Mk. — Anzeigen-Kosten für andere Städte nach Vereinbarung. — Jedes Belegblatt kostet 10 Pf.

Gegründet 1862
Brautmöbel
J. A. Bruno König
Dresden-N., Komossaer Strasse 27
Dresden-A., Amalienplatz und Ringstrasse.
Illustr. Katalog bitte verlangen.

Hauptgeschäftsstelle:
Markstraße 38/40.

Telegraphen-Adresse: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher: 11 • 2006 • 3601.

„Raumkunst“
Dresden-A., Viktoriastrasse 5/7.
Die historische Abteilung im Erdgeschoss und der Halle enthält: Stilmöbel — Antiquitäten — Kunstgegenstände. Im II. u. III. Stockwerk befindet sich die Ausstellung von modernen Möbeln, Brautausstattungen, Innenarchitektur.

Galerie E. Arnold
Schloss-Strasse 34.
C. Amiet & M. Slavona.

Haus- und Küchengerätschaften für elektrisch
Ebeling & Croener, Bankstrasse 11.

Chirurgische Gummwaren

Carl Wendschuch's Etablissement

Struvestrasse 11.

Für eilige Leser.

Nutzmäßige Bitterung: Aufsteigend, etwas wärmer, vorwiegend trocken.

Die sächsische Regierung wird entgegen dem Verlangen des Verbandes Sächsischer Industrieller auf eine Loslösung der Eisenbahnverwaltung vom Ressort des Finanzministeriums und auf deren Unterstellung unter ein neu zu errichtendes Verkehrsministerium keinesfalls eingehen.

Die Zwischendeputation der Ersten Kammer, die sämtliche Regierungsentwürfe zu beraten hat, wird ihre Beratungen am 27. September beginnen.

In der Zwischendeputation der Zweiten Kammer für die Vorberatung des Volkskulturschulgesetzes gab Abg. Geh. Hofrat Pöhl eine Erklärung über die grundsätzliche Stellungnahme der konservativen Fraktion ab.

Der preussische Kriegsminister hat den Antrag einer größeren Anzahl Flugmaschinen für die Armee beschlossen.

Der 2. Reichsdeutsche Mittelstandstag beschäftigte sich mit der Frage des Arbeitswilligen-Schutzes.

Das ungarische Abgeordnetenhaus ist am Dienstag zusammengetreten, wobei die Opposition wieder mit voller Schärfe einsetzte.

In Scharjopol wurden 16 Matrosen eines russischen Kreuzers wegen revolutionärer Ausschreitungen verhaftet.

Der türkische Ministerrat hat beschlossen, den Belagerungsstand, der am Dienstag abgelaufen ist, nicht zu verlängern.

Die russische Reichsduma

ist aufgelöst und der Beginn der Neuwahlen auf den 28. September ausgeschrieben worden. Damit hat die dritte Reichsduma ihr natürliches Ende nach Ablauf der gesetzlichen fünfjährigen Legislaturperiode gefunden, ein Erfolg, den ihr die politischen Propheten am Anfang ihres Daseins nicht glauben vorherzusehen zu können.

Als die dritte Reichsduma im Jahre 1907 zusammentrat, war die Regierung eben wieder Herrin der Lage geworden und vermochte mit der Aussicht auf eine dauernde Unterdrückung des revolutionären Terrors die Fäden in die Hand zu nehmen. Die erste sowohl wie die zweite Duma waren infolge ihres maßlosen, zu jeder politischen Arbeit unfähigen Radikalismus, der ganz im Blutgeruche der Revolution schwelgte, sehr rasch von dem Schicksal der Auflösung ereilt worden, und Stolypin, damals noch Minister des Innern im Kabinett Gorewkin, entschloß sich, um noch einen letzten Versuch zur Rettung der Verfassung vor dem drohenden reaktionären Umsturz von oben her zu machen, zu einem Staatsstreich, indem er kurz entschlossen ein neues Wahlrecht oktroyierte, das dem allzu radikalen Charakter des bisherigen Wahlverfahrens beibehalten, wonach zuerst die Urwähler in besonderen Wahlversammlungen sogenannte Bevollmächtigte wählen, die dann die Wahl der Wahlmänner vornehmen; die Wahlmänner endlich vollziehen die Wahl der Abgeordneten. Mit Hilfe des geänderten Wahlrechts gelang es tatsächlich, den Schwerpunkt der dritten Duma in diejenigen Kreise zu legen, von denen sich ihrer geistigen Reife, sowie ihrer sozialen und wirtschaftlichen Stellung nach am ehesten ein vernünftiges staatsverhaltendes Gebaren erwarten ließ. Diese Elemente verkörperte sich in der Partei der Oktoberisten, die etwa die Stellung unserer gemäßigten Liberalen einnahmen. Alles hing davon ab, ob die Oktoberistenpartei die oberste Forderung des Tages richtig erkennen würde, die darin bestand, daß die dritte Reichsduma unter allen Umständen am Leben erhalten werden und ihre verfassungsmäßige Zeit hindurch belämmert bleiben mußte. Hätte die dritte Duma wiederum im Punkte der politischen Bezugnahme völlig versagt, so daß auch sie durch einen unzeitigen Auflösungsakt in die Wollschicht geschleudert worden wäre, dann hätte die bürokratische Reaktion gewonnenes Spiel gehabt und die Rückkehr zum alten autokratischen Regime wäre unvermeidlich gewesen. Es ist das unzweifelhaft Verdienst der Oktoberisten, daß sie diesen Kern der Lage richtig erkannten und darnach handelten, so daß der

Kampf um Dasein der dritten Reichsduma gegen die reaktionären Widerlächer des konstitutionellen Prinzips, die im Reichsrat ihr feindliches Bollwerk besaßen, glücklich zu Ende geführt werden konnte. Stolypin, der durch sein oktroyniertes Wahlgesetz diesen Umsturz ermöglicht hatte, hätte sich später, als er zur Ministerpräsidentenwahl gelangt war, mit Vorliebe auf die Oktoberistenpartei und machte erst ganz zuletzt eine Schwankung zur gemäßigten Rechten hinüber, als die reaktionären Machenschaften gegen den „alten liberalen“ Ministerpräsidenten einen so bedrohlichen Umsturz angenommen hatten, daß es sich um Sein oder Nichtsein für ihn handelte. Als dann der jedenfalls aufrichtig verfassungsfreundliche Stolypin in einem unüberlegten Anstöße erlegen und Sokolowow sein Nachfolger geworden war, gab es wieder einen leichten „Ruck nach links“, und die Regierung nahm erneut Fühlung mit den Oktoberisten.

Auf dem Gebiete der praktischen Arbeit, welche die dritte Reichsduma geleistet hat, ist in erster Linie ihre budgetäre Tätigkeit hervorzuheben, die sich keineswegs auf eine bloße formale Zustimmung zum Etat beschränkt, sondern gründliche Ordnung in die Staatsfinanzen gebracht hat. Es ist immerhin bemerkenswert, daß der junge russische Parlamentarismus die hervorragenden Schwierigkeiten, welche gerade die Finanzpolitik bietet, verhältnismäßig so rasch zu überwinden vermocht hat. Von sonstigen großzügigen Gesetzgebungswerken seien hervorgehoben die Agrarreform, die vorbereitenden Schritte zur Verwirklichung der Glaubensfreiheit, die Vorlagen über die allgemeine Schulbildung, die Reform der Militärdisziplin, welche gerade die Finanzpolitik bietet, verhältnismäßig so rasch zu überwinden vermocht hat. Von sonstigen großzügigen Gesetzgebungswerken seien hervorgehoben die Agrarreform, die vorbereitenden Schritte zur Verwirklichung der Glaubensfreiheit, die Vorlagen über die allgemeine Schulbildung, die Reform der Militärdisziplin, welche gerade die Finanzpolitik bietet, verhältnismäßig so rasch zu überwinden vermocht hat. Von sonstigen großzügigen Gesetzgebungswerken seien hervorgehoben die Agrarreform, die vorbereitenden Schritte zur Verwirklichung der Glaubensfreiheit, die Vorlagen über die allgemeine Schulbildung, die Reform der Militärdisziplin, welche gerade die Finanzpolitik bietet, verhältnismäßig so rasch zu überwinden vermocht hat.

Es ist selbstverständlich, daß eine Duma, die sich befreit hat, mit der Regierung zur Erzielung positiver Ergebnisse in der Gesetzgebung zusammenzuarbeiten und den staatsverhaltenden Anforderungen gerecht zu werden, keine Gnade vor den Augen der extremen Linken und der sozialen Revolutionäre findet. Diese Art Kritiker machen sich die Sache leicht, indem sie sich einfach einen westeuropäischen Musterstaat konstruieren und danach die bestehenden russischen Zustände beurteilen. Das ist natürlich eine ganz falsche Methode, die niemals zu einer auch nur annähernd objektiven Würdigung der russischen Eigenart führen kann. Gewiß, es ist gar nicht zu leugnen, daß auch heute noch manches faul ist im zaristischen, daß die Beamtenwillkür noch vielfach dem Gehege ein Schnippschen schlägt, daß Bescheidenheit und Schendrian in Regierung und Verwaltung noch lange nicht gründlich überwunden sind, und daß die unbedingte Achtung der verfassungsmäßigen Einrichtungen noch keineswegs der ganzen Nation sowohl in den höchsten wie in den niedrigsten Schichten in Fleisch und Blut übergegangen ist. Das darf aber auch durchaus nicht wundernehmen, weil Rußland den Entwicklungsprozess vom autokratischen zum Rechts- und Verfassungsstaate noch lange nicht vollendet, sondern erst begonnen hat. Diesen Prozess nicht zu hören, sondern ihn in jeder Hinsicht zu fördern, ist das erste Gebot einer besonnenen parlamentarischen Taktik, wenn darüber auch manche noch so berechtigten Wünsche einzuweisen zurückgestellt werden müssen und vielerlei wohl begründete Forderungen zunächst keine Erfüllung finden können. Die dritte Reichsduma hat durch ihr gesamtes Verhalten gezeigt, daß sie, unbeschadet aller Ausstellungen, die im einzelnen gegenüber ihrer Tätigkeit berechtigt erscheinen mögen, jedenfalls den angeordneten leitenden Gesichtspunkt nicht aus den Augen verloren hat, und daß sie ein unabweisbares Verdienst um das öffentliche Wohl des russischen Staates. Die neue verfassungsmäßige Ordnung der Dinge in Rußland

ist durch die kluge Zurückhaltung der dritten Reichsduma, die um keinen Preis sich der Gefahr einer vorzeitigen Auflösung aussetzen wollte, mit der ihr bis dahin noch fehlenden festen Grundlage versehen worden, auf der sich in Ruhe weiterbauen läßt, ohne daß fortwährend ein Triumph der Reaktion befürchtet zu werden braucht. Deshalb verdient die nunmehr verlassene Reichsduma auch die günstigste Kritik, die ihr der Jar selbst bei dem jüngsten großen Empfange der Abgeordneten hat angedeihen lassen.

Drahtmeldungen

Zur Neuordnung der Sonntagsruhe.
Berlin. (Priv.-Tel.) Ueber den Entwurf zur Neuordnung der Sonntagsruhe im Bundesrat beraten wird, der demnächst im Bundesrat beraten wird, wird mitgeteilt: In Bezug auf die Kontore steht der Entwurf auf dem Standpunkt, daß die volle Sonntagsruhe, abgesehen von einzelnen Gewerbebezügen, und besonderen Fällen, allgemein durchführbar ist. Nur offene Verkaufsstellen sind als höchstens der Reichsamtzeit drei Stunden vorgezogen, jedoch soll die höhere Verwaltungsbehörde befugt sein, eine Reichsamtzeit bis zur Dauer von vier Stunden zuzulassen in solchen Orten, in denen die Bevölkerung aus der weiteren Umgegend an Sonntagen ihre Einkäufe zu machen gewohnt ist.

Studienreise deutscher Postbeamten nach Amerika.
Berlin. (Priv.-Tel.) Das Reichspostamt hat drei höhere Postbeamten zum Studium der amerikanischen Fernsprecheinrichtungen nach Amerika entsandt. Sie sollen die Städte New York, Chicago, St. Louis, Philadelphia, Boston und Columbus (Ohio) besuchen. Die Dauer des Aufenthaltes ist auf vier Wochen berechnet.

Zum Tode des Oberbürgermeisters Dr. Kirchner.
Berlin. (Priv.-Tel.) Die Beerdigung des verstorbenen Oberbürgermeisters Dr. Kirchner findet am Mittwoch statt. Die Särge wird von der Familie im Hause des Verstorbenen abgeholt.

Errichtung eines Denkmals für Paul Wallat.
Berlin. (Priv.-Tel.) In der Ortsgruppe Berlin des Bundes Deutscher Architekten ist die Errichtung eines Denkmals für den verstorbenen Reichstagsabgeordneten Paul Wallat angeregt worden, der Ehrenmitglied des Bundes war. Man erwartet, daß die übrigen Berliner Architektenverbände den Gedanken aufnehmen werden und daß ein Ausschuss die Angelegenheit übernehmen wird.

Zur Amtsniederlegung des Obermeisters Rahardt.
Berlin. (Priv.-Tel.) Zur Niederlegung der Aemter des Abgeordneten Obermeisters Rahardt im Hausabund und in der Mittelhandwerksvereinsverwaltung teilt die „Zeitung Lausitzer“ mit, daß sich Rahardt bei seiner Wahl zum Vorsitzenden der Berliner Handwerkskammer verpflichtet haben soll, nach einiger Zeit sowohl seine Aemter im Hausabund als auch in der Mittelhandwerksvereinsverwaltung niederzulegen.

Soziale Medizin und Hygiene in Großstädten.
Berlin. (Priv.-Tel.) Anlässlich der letzten Tagung des Deutschen Vereins für Gesundheitspflege und die in leitender Stellung als Beamte in den Städten tätigen Ärzte zu einer Vereinigung zusammenzutreten. Der Zweck der Vereinigung ist, die großen Aufgaben auf dem Gebiete der sozialen Medizin und Hygiene, die in der Sphäre der Kommunen, insbesondere der Großstädte liegen, tatkräftig zu fördern. Der geschäftsführende Ausschuss besteht aus dem Stadtmittelärzt Dr. Rabnow (Zabnebren), Dr. Krautwig (Wilm) und Dr. Pöhl (Wilm).

Die deutsche Nationalflugpende.
Reutheilig. (Priv.-Tel.) Die Nationalflugpende hat, wie die Landeszeitung für beide Westfalen, aus besserer Quelle zu melden vermag, bisher rund 6.500.000 Mk. erbracht. Damit wäre die französische Flugpende, die nur 2.430.708 Francs ergeben hat, etwa um das Dreifache übertraffen worden.

17. Konferenz für internationale Erdmessung.
Hamburg. (Priv.-Tel.) Die 17. Konferenz für internationale Erdmessung wurde heute hier eröffnet. Es sind im ganzen 22 Nationen vertreten. Nach der Begrüßungsrede des Präsidenten Generals Hoffmann sprach Senator Dr. v. Meile für den Hamburger Senat. Dann begrüßte Oberbürgermeister v. Zein aus dem Reichsamt des Innern die Konferenz, im Namen des Reichsfinanzministers und Ministerialdirektor Schmidt namens des preussischen Kultusministers.

Grundgebung gegen den Christlichen Kongress.
Wien. (Priv.-Tel.) Wien fand hier eine Grundgebung der Alldeutschen gegen den Christlichen Kongress in einer stark befeindeten Stimmung statt, zu der aus den verschiedenen Kronländern Teilnehmer erschienen waren. Der Abgeordnete Walli und andere Redner führten aus, man könne den Christlichen Kongress nur durch eine kräftige „Los-von-Rom-